

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 20.03.2012 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:27

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bover

CDU-Fraktion

Stv. Marlies Goetze
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Harald Giebels

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfsperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Michael Ruppert
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Petra Lerch

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder

Vertretung für Stv. Robert Abel

Die Linke

Stv. Michael Henchoz

fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Meike Lukat

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

StAR Bernd Küper

StOVR Günter Opfer

GSB Marion Plaehn

StORR Michael Rennert

VA Dr. Jürgen Simon

StOVR Wilhelm Terhardt

StOVR Udo Thal

StVR Klaus-Jürgen Vogt

Gäste

Herr Patrick Embacher

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover schlägt vor, zunächst Nichtöffentlichkeit herzustellen und den TOP 7 aufgrund der Anwesenheit des Herrn Embacher (Fa. Rödl & Partner) vorzuziehen. Analog zur von der Verwaltung ausgelegten vorgesehenen Beratungsfolge stellt er den Tausch der TOP 1 und 2 zur Diskussion und erkennt hierzu das Einvernehmen des HFA.

Öffentliche Sitzung

2./ Städtischer Zuschuss für den Seniorentreff der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Haan, in der Breidenhofer Str. 7 Vorlage: 51/047/2011/1

Protokoll:

Nachdem die Fraktionen von CDU und SPD die Unterstützung des AWO-Antrages angekündigt haben, bittet **Stv. Lukat** um Abstimmung über ihren weitergehenden Antrag, den sie in der Folge noch einmal erläutert.

Diesen hält die FDP-Fraktion für nicht zustimmungsfähig. **Stv. Ruppert** ist der Ansicht, der Kreis habe die Systematik zur Bezuschussung zum Entlastungszweck umgestellt. Der stabile Zuschuss solle beschlossen und die Gleichberechtigung mit allen Vereinen und Verbänden betrieben werden.

Der Antrag der Stv. Lukat

„1. Der HFA/Rat beschließt für den Seniorentreff der Arbeiterwohlfahrt OV Haan einen Zuschuss von 14.983,44 € in den Haushalt 2012 einzustellen.

2. Der von der Verwaltung benutzte Berechnungsschlüssel wird auch zukünftigen Zuschussberechnungen zugrunde gelegt.

3. Zur nachträglichen Regelung für den Zuschuss für das Jahr 2011 wird in 2012 ein einmaliger Betrag von 593,44 € gewährt.“

wird mit 15 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja- und 3 Nein-Stimmen

Beschluss:

„Es wird ein zusätzlicher Zuschuss an die AWO i.H.v. 593,44 €, Produkt 050110, in den Haushaltsplan 2012 für das Haushaltsjahr 2012 eingestellt.“

3./ Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2012

a) Beratung des Haushaltes, des Stellenplanes und des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 ff. (Fortschreibung) für den Bereich des Jugendamtes

b) Stellenplan der Stadt Haan

c) Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. (Fortschreibung), Hebesatzung für das Haushaltsjahr 2012 und Haushaltssatzung 2012

Vorlage: 20/024/2012

Protokoll:

a)

1. Bgo. Formella führt mit der Bemerkung ein, dass die Beschlüsse des JHA vom 08.03.2012 als Basis der heutigen Beratungen dienen und in die Tischvorlage 20/024/2012/1 eingeflossen seien. Weitere Änderungen hätten sich durch die Presseberichterstattungen zur Tagespflege und dem daraus resultierenden Antrag der Stv. Lukat ergeben. Hier verweise sie auf die Klarstellung der Verwaltung in der Vorlage 51/068/2010/1. Diese zeige, dass lediglich ein Kindertagespflegeplatz vakant sei, der in Kürze aber besetzt werde. Die krankheitsbedingte personelle Vakanz im Jugendamt sei durch die Kollegin mit dem Aufgabengebiet Begrüßungspaket aufgefangen worden. Dieses Aufgabengebiet werde daher zur Zeit nicht wahrgenommen. Der Ausfall werde voraussichtlich weitere vier Wochen andauern. Die Verwaltung suche intern nach einer qualifizierten Kraft, um dies aufzufangen.

Stv. Lukat stößt sich an der Formulierung der Verwaltung, wonach zwischen Jugendamt und Tagespflegeperson kein Rechtsverhältnis bestehe.

1. Bgo. Formella stellt klar, dies beziehe sich auf die Belegung von Tagespflegeplätzen. § 23 Abs. 1 SGB VIII führe aus, die Förderung der Kindertagespflege umfasse die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson. Tagespflegeperson und Eltern schließen dann einen privat-rechtlichen Vertrag ab, dem Jugendamt obliege aber die Fachaufsicht.

Stv. Lukat kritisiert, die Stadt komme ihrer Beratungspflicht gem. § 23 SGB VIII nicht nach.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Richtlinien des § 23 SGB VIII finden Niederschlag in den vom Rat am 23.06.2009 beschlossenen „Richtlinien zur Förderung von Kindern in der Tagespflege“ (Vorlage 51/041/2009).

Stv. Sack bittet um Auskunft, ob angesichts der Haaner Lücke von 70 Kinderbetreuungsplätzen der Neubau des städtischen Kindergartens nicht doch vor dem Kindergartenjahr 2015/16 realisierbar sei.

1. Bgo. Formella verweist auf die Tischvorlage 20/024/2012/2, wonach weitere U 3 - Plätze innerhalb der angestrebten viergruppigen Einrichtung am Hasenhaus in Aussicht gestellt würden. Darüber hinaus konkretisiere die Verwaltung zur Zeit den Standort für den städtischen KiTa-Neubau. Diesen vorzuziehen gelänge nur mittels eines investiven unrentierlichen Kredits, welcher wiederum die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes gefährde.

Stv. Pohler hält es für eine Fehlentscheidung der Verwaltung, den Neubau der städtischen KiTa erst für das Kindergartenjahr 2014/15 zu projektieren. Die rechtlich verbindlichen Ansprüche der Eltern müssten erfüllt werden.

Stv. Lemke erklärt für die CDU-Fraktion, ein Vorziehen des Neubaus sei wünschenswert, doch wolle man den Haushalt in Gänze nicht gefährden. Die Verwaltung möge zur Sitzung des Rates prüfen, inwieweit ein Planungsbeginn in 2012 möglich sei, ohne die Genehmigungsfähigkeit zu gefährden.

Stv. Ruppert weist darauf hin, die Stadt Haan habe die vom Land NRW vorgegebene Versorgungsquote erreicht.

1. Bgo. Formella erinnert daran, dass als Haushaltsziel für die kommenden Jahre keine weitere Aufnahme von investiven unrentierlichen Krediten bzw. keine Erhöhung der Verschuldung der Stadt Haan ausgerufen worden seien. Zusätzliche Einnahmepotentiale sehe sie in den noch ausstehenden Erlösen aus Grundstücksverkäufen.

Bgm. vom Bover macht deutlich, er rechne mit flächendeckenden Klagewellen gegen Kommunen, nicht nur Haan sei betroffen. Nach der Auflösung des Landesparlamentes seien den kommunalen Spitzenverbänden die Gesprächspartner abhanden gekommen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass viele wichtige Projekte für Haan zu stemmen seien.

Stv. Pohler moniert, er verstehe in diesem Zusammenhang nicht, warum die Verwaltung in den letzten Jahren stets auf den Ansatz des fiktiven Gewerbesteuerhebesatzes verzichtet habe. Es gelte für Haan nicht zuletzt vor dem Hintergrund der beabsichtigten Ansiedlung von Johnson Controls die Infrastruktur zu ertüchtigen und die Familienfreundlichkeit nachzuweisen.

Stv. Ruppert kündigt die Enthaltung der FDP-Fraktion an, da man in Bezug auf die Finanzierung der Waldgruppe keine Detailschärfe erlangen könne.

Stv. Pohler schlägt eine Beschlussergänzung dahingehend vor, möglichst bald und

nicht erst zum KiGa-Jahr 14/15 mit dem Bau des neuen städtischen Kindergartens zu beginnen. Die Problematik bzgl. des KiGA Bachstraße dürfe nicht aus den Augen verloren werden.

Auch **Stv. Goetze** schließt sich dieser Beschlussergänzung an und erklärt, die Eltern bräuchten Planungssicherheit.

b)

Stv. Wetterau berichtet, der AK Personal habe den Stellenplan der Verwaltung detailliert vorbereitet. Ein sparsames Vorgehen im Bereich der Personalkosten sei auch künftig vonnöten. Den Kompromiss aus dem AK Personal, eine Stelleneinsparung von 2,5 Stellen vorzunehmen, habe die CDU mit einem Vorschlag und weiterer Stelleneinsparung um 2 Stellen ergänzt, welchen er in der Folge erläutert. Fänden diese Vorschläge eine Mehrheit, so würden 4,5 Stellen und Personalkosten in Höhe von 150.000 € eingespart.

Bgm. vom Bover erklärt, erst am heutigen Tage weitere Anträge der Fraktionen von UWG und FDP zum Stellenplan erhalten zu haben. Eine Stellungnahme der Verwaltung werde nach Prüfung zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche erfolgen.

Stv. Pohler stellt die Fragen der SPD-Fraktion zur Verfügung. Er erwarte für eine der nächsten Tagesordnungen des Rates den TOP „Bericht der Gleichstellungsbeauftragten“.

Stv. Rehm plädiert für eine Sachdiskussion im HFA, sonst liefen die Fraktionsberatungen ins Leere.

Stv. Ruppert findet es schwer nachvollziehbar, dass die Stelle 32/89 erforderlich sei, obwohl im vergangenen Jahr vier Auszubildende eingestellt worden seien, die nun zum Rettungsassistenten ausgebildet würden und für den Brandschutz fehlten. Bzgl. der Stelle 70/16 bittet er die Verwaltung um Einsparung an anderer Stelle im Betriebshof, wenn diese so wichtig sei, wie der Amtsleiter dies darlege.

Stv. Stracke erklärt zur Stelle 10/17, dass sich keine andere Kommune einen Brandschutzbeauftragten in Vollzeit leiste und fragt nach einem alternativen Einsatzgebiet für diese Kraft. Zur Stelle 03/01 merkt er an, der Bedarf für Klimaschutz liege zweifelsfrei vor, über zahlreiche Fördertöpfe könne 70 % bis 80 % des Gehaltes fremdfinanziert werden. Er bitte die Verwaltung zum Rat die Richtlinien und Fördermöglichkeiten darzulegen.

Stv. Dr. Gräßler stellt die erheblichen zusätzlichen Aufwendungen für die Stelle 40/59 infrage, da doch inzwischen ein modernes Blockheizkraftwerk vorhanden sei.

Stv. Drennhaus möchte wissen, ob sich die Stadt zwei Gartenmeister leisten müsse und kündigt an, diese mit einem kw-Vermerk versehen zu wollen.

Bgm. vom Bover erwähnt noch zwei ebenfalls kurzfristig eingegangene Organisationsanträge der UWG-Fraktion, zu denen die Verwaltung ebenfalls bis zur kommenden Woche Stellung nehmen werde.

c)

Aufgrund der kurzfristig erhaltenen Ergänzungen seitens der Verwaltung meldet **Stv. Pohler** weiteren Beratungsbedarf für die SPD-Fraktion an. Er bitte die Verwaltung ein Konzept zu entwerfen, wie das Gymnasium möglichst kurzfristig saniert werden könne.

1. Bgo. Formella bittet darum, heute Klarheit bzgl. des Neubaus der städtischen Kindertageseinrichtung zu schaffen.

Sie erkennt **Einvernehmen** darin, aus dem Erlös aus dem jetzt beabsichtigten Grundstücksverkauf aus dem 1. Bauabschnitt des Technologieparks Haan 107.100 € in 2012 neu bei der Position „Städtisches Gebäude für Kindertageseinrichtung“ für Planungskosten zu veranschlagen zu Lasten der Positionen „Ortsteilspielplatz Hasenhaus“ mit 32.150 € und dem „Ausbau der Königstraße“ mit 74.950 €.

Bgm. vom Bovert merkt an, es werde wieder kein Geld in die Infrastruktur investiert.

Stv. Wolfspurger kritisiert die Vorlage der Verwaltung bzgl. des Gruitener Pfarrsaals. Diese sei deshalb nicht abstimmungsfähig, weil unklar sei, welchen Nutzen die Gruitener Bürger hieraus ziehen könnten. Zudem fehle den Verträgen eine Aufstellung, aus der die Nutzungszeiten der einzelnen Gruppen hervor gingen.

Stv. Ruppert erklärt hingegen, ihn habe bei Lesen der Vorlage eine spontane Freude beschert, dass es Fortschritte gebe.

Stv. Lemke drückt für die CDU-Fraktion die Freude darüber aus, dass es allen Beteiligten gelungen sei, unter den gegebenen Umständen eine tragfähige Lösung für die Gruitener Bürger zu präsentieren.

Stv. Pohler erklärt für die SPD-Fraktion, dass die angedachte Neumöblierung des Sitzungssaales nicht unterstützt werde. Die SPD hege Bedenken wegen des Denkmalschutzes und den Einlagerungskosten für die bisherigen Möbel.

Abstimmungsergebnis:

a) 17 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen

(Hinweis: Die Enthaltungen der FDP-Fraktion beziehen sich ausdrücklich nur auf den Ratsbeschluss vom 28.02.2012 bzgl. der geplanten Einrichtung einer Waldgruppe in Gruitzen)

b) einvernehmlich

c) einvernehmlich

Beschluss:

a)

„1. Der Haushalt 2012 für den Bereich des Jugendamtes wird entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf (Anlage 1) unter Berücksichtigung der Auswirkungen aus den Beschlüssen des Rates vom 28.02.2012 zu den Vorlagen 51/060/2012 und 51/060/2012/1 - Kindertagesituation in Haan - unter dem Beratungsergebnis des JHA vom 08.03.2012 zur Vorlage 51/066/2012/1 beschlossen.

1.1 Für Maßnahmen der Ev. Kirchengemeinde Haan in den Kindertageseinrichtungen in der Bismarckstr. 10, Kurze Str. 4 und Kampstr. 70 werden zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung von bis zu 20 zusätzlichen Betreuungsplätzen für unter Dreijährige im Ergebnisplan für 2013 bei Produkt 060110 insgesamt 638.000 € veranschlagt.

1.2 Von dem Betrag unter 1.1 wird für die Ausbaumaßnahme in der Kindertageseinrichtung in der Kampstr. 70 ein Betrag von 51.000 € mit einem Sperrvermerk versehen, die Freigabe erfolgt durch den Rat nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

2. Der Stellenplan 2012 für den Bereich des Jugendamtes wird entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf (Anlage 3) beschlossen.

3. Das Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. wird, soweit Maßnahmen den Bereich des Jugendamtes betreffen, entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf (Anlage 4) beschlossen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt alle Möglichkeiten zu prüfen, um die Errichtung eines städtischen Gebäudes für eine Kindertagesstätte spätestens zu Beginn des Kindergartenjahres 2014/15, möglichst aber früher, zu gewährleisten.“

b)

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Beschlussempfehlung an den Rat verzichtet.“

c)

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Beschlussempfehlung an den Rat verzichtet.“

4./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Pohler weist auf eine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer an der Parkplatzausfahrt der Grundschule Mittelhaan in die Goethestraße hin, wo der Hinweis auf die Ei-

genschaft als Einbahnstraße fehle. Weiterhin bitte er die Verwaltung, die neulich versandte Mail mit dem Inhalt Verampelung Wilhelmstraße / Bahnhofstraße als doc-Datei zur Verfügung zu stellen.

5./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verweist auf die als Tischvorlage verteilten Schreiben der katholischen Kirchengemeinde Gruitens und die Stellungnahme der IHK Düsseldorf zum Haushaltsplanentwurf 2012.